



VBS, Generalsekretariat  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern  
rudolf.wieser@gs-vbs.admin.ch

Bern, den 8. Juli 2010

## Stellungnahme zum Entwurf des Armeeberichts 2010

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bestätigen Ihnen den Eingang Ihres Schreibens vom 28. Mai 2010, in dem Sie uns einladen, bis am 10. Juli 2010 schriftlich zum Entwurf des „Armeeberichts 2010“ Stellung zu nehmen. Sie kündigten damals an, dieser werde ab dem 7. Juni 2010 im Internet verfügbar sein. Dennoch liegt uns bis zum heutigen Tag kein Entwurf eines „Armeeberichts 2010“ vor, sondern bloss ein Foliensatz und ein paar mündliche Ausführungen von Brigadier Baumgartner. Ein solches Anhörungsverfahren ist politisch und rechtlich höchst fragwürdig. Dennoch lassen wir uns davon nicht abhalten, zur wichtigen Frage Stellung zu nehmen, wie sich die Schweizer Armee weiterentwickeln soll.

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Spitalgasse 34  
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch  
www.spschweiz.ch

### Zusammenfassung

Der vorliegende Foliensatz über den VBS-Entwurf des „Armeeberichts 2010“ weist inhaltlich in die falsche Richtung und ist formell eine Zumutung. Die bedeutenden Defizite, die bereits den sicherheitspolitischen Bericht kennzeichneten, pflanzen sich im Armeebericht 2010 verschärft fort. Verhängnisvoll ist die ungenügende Unterscheidung und fehlende Priorisierung von Risiken, welche militärisch und welche zivil anzugehen sind. Ergebnis ist ein Armeebericht, der mehr mit der Fortschreibung überholter Mythen und Traditionen zu tun hat, als mit der zukunftsgerichteten Gestaltung einer Armee, die auf die tatsächlichen Risiken und Herausforderungen eine angemessene Antwort gibt. Für die SP ist klar: eine moderne Armee muss ihre Bestände massiv senken, zu einem neuen Rekrutierungssystem übergehen, das die überholte Wehrpflicht ablöst, umfassend international kooperieren und substantiell zu den friedensunterstützenden Missionen der UNO beitragen. Völlig verfehlt ist die mit dem Armeebericht 2010 angestrebte Umformung der Armee zu einem „Mädchen-für-alles-Instrument“ in den Händen der Kantone.

## Vorgehen

**Ein Geschäft von "untergeordneter Tragweite"?** Bundesrat Ueli Maurer bezeichnete den „Armeebericht 2010“ am 14. Juni 2010 im Nationalrat in Beantwortung der Frage 10.5326 „Rechtswidriges Anhörungsverfahren zum Armeebericht“ von SP-Nationalrätin Evi Allemann als ein Geschäft von "untergeordneter Tragweite". Diese erstaunliche Aussage erlaubt dem VBS in rechtlicher Hinsicht, auf ein ordentliches Vernehmlassungsverfahren zu einem vom Bundesrat verabschiedeten Berichtsentwurf zu verzichten und stattdessen bloss ein Departementsdokument in die Anhörung zu schicken (Artikel 10, Vernehmlassungsgesetz). Für die SP ist der Armeebericht 2010 freilich kein Geschäft von "untergeordneter Tragweite", sondern neben dem neuen Sicherheitspolitischen Bericht eines der politisch wichtigsten Geschäfte des VBS in der laufenden Legislatur – dies umso mehr, nachdem es der Sicherheitspolitische Bericht verpasst hat, die Grundlagen für die Weiterentwicklung der Armee zu legen. Für die SP ist es unverständlich, dass der Armeebericht 2010 nicht vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt wird. Nun liegt nicht einmal ein Departementsdokument des VBS vor, sondern bloss ein Foliensatz von Brigadier Baumgartner. Dass die SP dennoch am Anhörungsverfahren teilnimmt, darf keinesfalls als implizite Zustimmung zu diesem politisch und rechtlich höchst fragwürdigen Vorgehen des VBS verstanden werden. Vielmehr möchte die SP damit betonen, dass sie dem raschest möglichen Ab- und Umbau der Armee militärpolitisch grösste Bedeutung zumisst.

**Anhaltende Obstruktion durch das VBS:** Der Bundesrat hat das VBS bereits an seiner Klausursitzung vom 26. November 2008 beauftragt, die Armeebestände sofort massiv zu senken und eine Strategie für eine tiefgreifende Armeereform auszuarbeiten. In einer beispiellosen Obstruktionspolitik weigerte sich das VBS aber während eineinhalb Jahren, diese unverzichtbare Planungsarbeit zu leisten. Es begnügte sich vielmehr im Jahre 2009 mit länglichen und politisch unfruchtbaren Konsultationsverfahren zur Sicherheitspolitik und legte im Frühjahr 2010 einen Entwurf zu einem neuen Sicherheitspolitischen Bericht vor, der viele entscheidende Fragen unbeantwortet liess<sup>1</sup> und namentlich die vom Bundesrat bereits im November 2008 angeforderten Eckwerte für eine umsetzbare Strategie zur Verkleinerung der Armee immer noch nicht darlegte. Die SP begrüsst deshalb den Entscheid des Bundesrates vom 14. April 2010, diese Obstruktion durch das VBS nicht einfach hinzunehmen. Vielmehr beauftragte der Bundesrat damals das VBS zu Recht, zusätzlich zum allzu dünn geratenen Sicherheitspolitischen Bericht einen Armeebericht 2010 mit den unverzichtbaren Eckwerten zu deren Weiterentwicklung zu erarbeiten.

**Verwirrspiel mit inakzeptabler Absicht:** Das VBS setzte in der Folge sein Verwirrspiel um den angeforderten Armeebericht 2010 fort. Es legte dem Bundesrat und den Bundesratsparteien zu Händen der Von-Wattenwyl-Gespräche vom 7. Mai 2010 ein Papier mit Eckwerten der Armeentwicklung vor. Dies war auf den ersten Blick erfreulich und weckte Erwartungen für eine konstruktive Diskussion. Diese wurde aber von Bundesrat Ueli Maurer anlässlich der Von-Wattenwyl-Gespräche im Keim erstickt, indem er sich in seinem ersten Votum vom vorgelegten Eckwertepapier inhaltlich distanzierte. Die Verwirrung war gross. Worüber sollte denn diskutiert werden, wenn das vorliegende Papier nicht einmal von seinen Autoren politisch aktiv vertreten wurde? Nun liegt nicht einmal für das Anhörungsverfahren über den neuen Armeebericht 2010 ein vom Bundesrat oder wenigstens vom Departementsvorsteher politisch verantworteter Berichtsentwurf vor. Die SP fragt sich nach all diesen Vorfällen, ob der aktuelle Vorsteher des VBS gezielt Verwirrung

---

<sup>1</sup> Siehe die Stellungnahme der SP Schweiz zum neuen Sicherheitspolitischen Bericht unter [www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch) – Positionen – Dossiers – Armee & Sicherheit, oder direkt URL: [http://www.sps.ch/uploads/tx\\_userpressemittelungen/10-854\\_SIPOL-B\\_SP.pdf](http://www.sps.ch/uploads/tx_userpressemittelungen/10-854_SIPOL-B_SP.pdf). Ein entscheidender Mangel des SIPOL B besteht in der fehlenden Priorisierung bzw. Bewertung der sicherheitspolitisch relevanten Risiken und der ungenügenden Differenzierung, welche militärisch und welche zivil anzugehen sind (siehe Motion 10.3572 von SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo „Umfassende Risikoanalyse und -bewertung Schweiz“).

stiften und eine konstruktive politische Diskussion unterlaufen will. Geht es ihm darum zu verhindern, dass in der laufenden Legislatur noch wichtige militärpolitische Entscheide gefasst werden? Es würde nach den bisherigen Erfahrungen wenig wundern, wenn er selber am Ende lieber Fahnenflucht begehen und in ein anderes Departement wechseln würde, als endlich die unverzichtbare tiefgreifende Armee reform durchzuführen. Die bisher vorherrschende Obstruktion und politischen Verwirrspiele des VBS-Vorstehers verfolgen offenbar nur das Ziel, überholte Folklore zu zementieren. 15 Jahre lang hat die SVP nun das frühere Militär- und heutige Verteidigungsdepartement geleitet – die politische Bilanz dieser Vorsteherschaft ist desaströs.

### **Fehlende Übereinstimmung mit dem sicherheitspolitischen Bericht in Bezug auf die internationale Kooperation**

Der Bundesrat hat am 23. Juni 2010 den neuen sicherheitspolitischen Bericht zu Händen der Bundesversammlung verabschiedet. Darin hebt er an zahlreichen Stellen die grosse Bedeutung der internationalen Kooperation im Bereich der Sicherheit und namentlich auch der militärischen Sicherheit hervor. So zeigt der Bundesrat im Kapitel 3.2.1 (Bedrohungsanalyse) in Bezug auf namhafte moderne Waffen auf, „dass die Schweiz allein auf sich gestellt gegenüber solchen Waffen keine wirksamen Abwehrmöglichkeiten hätte; eine wirksame Abwehr also nur in internationaler Kooperation möglich wäre.“ Gleich zu Beginn von Kapitel 4 („Hauptkomponenten der Strategie“) betont der Bundesrat die Unverzichtbarkeit der „Zusammenarbeit mit anderen Staaten und internationalen Organisationen. Die bisherige Strategie Sicherheit durch Kooperation gilt somit weiterhin als Grundstrategie der schweizerischen Sicherheitspolitik.“ Im Abschnitt 4.3.2 bekräftigt der Bundesrat: „Die Neutralität ist kein Hindernis für eine umfassende sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation.“ – usw. usf.

Über diese vom Bundesrat eingeforderte Weiterentwicklung der internationalen militärischen Kooperation der Schweiz steht im vorliegenden Entwurf des Armeeberichts 2010 kein Wort. Will das VBS die Armee weiterhin unter Schweizer Quarantäne stellen? Glaubt das VBS im Ernst, die heutigen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen der Schweiz liessen sich mit Panzern und Kanonen ab Schweizer Grenze wirksam bekämpfen und abhalten? Dies wäre eine grosse Illusion. Die SP erwartet von der definitiven Fassung des Armeeberichts 2010 ein eigenständiges Kapitel über die Frage, wie der Bundesrat seine „Strategie Sicherheit durch Kooperation“ auch in Bezug auf die künftige Ausgestaltung der Armee konkretisieren und umsetzen will.

Es darf sich nicht wiederholen, was bereits bei der Erarbeitung des Sicherheitspolitischen Berichts zu beobachten war. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates hielt zu einem frühen Entwurf des VBS in einem Schreiben vom 2. Juni 2010 unmissverständlich fest: „Indem neu der Begriff ‚Sicherheitsverbund Schweiz‘ eingeführt wird, hingegen der Begriff ‚Sicherheit durch Kooperation‘ für die Zusammenarbeit mit dem Ausland eliminiert wird – obwohl die Kooperation im Text richtigerweise präsent ist – erweckt er den Eindruck einer Neuorientierung der Sicherheitspolitik und einer Herabstufung der internationalen Sicherheitskooperation. Dies ist irreführend und zu korrigieren.“ Für die SP ist klar: diese Forderung zur Korrektur richtet sich genauso an den vorliegenden Entwurf des Armeeberichts 2010. Der Armeebericht 2010 darf in Bezug auf die wichtige Anforderung, die internationale Kooperation sei auszubauen, nicht im Widerspruch zu dem vom Bundesrat verabschiedeten SIPOL B stehen.

### **Mängel der Armee**

Der Entwurf des Armeeberichts 2010 steht ganz in der vor über einem Jahr vom VBS eröffneten Tradition, in einem Bericht nach dem anderen „gravierendste Mängel“ der Armee darzustellen. Auch der vorliegende Entwurf enthält unter diesem Titel ein ganzes Kapitel. Dort wird ein desolates Bild der Armee gezeichnet. Mit Formulierungen wie „nicht erreicht“, „nicht mehr sicherge-

stellt“, „nicht vollständig ausgerüstet“, „der Zustand ist mangelhaft“, „kann nicht finanziert werden“, „sind ungenügend“ usw. wird eine alarmistische Stimmung erzeugt.

Was ist der Zweck dieser alarmistischen Stimmung? Offensichtlich will das VBS den politischen Druck erhöhen, dass die dargestellten „gravierendsten Mängel“ endlich behoben werden. Diesem Ziel kann auch die SP im Grundsatz nur zustimmen. So kann es mit der Armee nicht weitergehen. Die Schweizer Armee verschlingt jedes Jahr rund 4,5 Milliarden Franken Budgetmittel und verursacht in der Volkswirtschaft zusätzliche indirekte Kosten von nochmals rund 4,5 Milliarden Franken. Zusätzlich greift die Armee mit dem Instrument der allgemeinen Wehrpflicht in schwerwiegender Art und Weise in die persönliche Freiheit von rund 200'000 männlichen Schweizer Bürgern ein. Den betroffenen Steuer- und Wehrpflichtigen ruft der Foliensatz des VBS nun zu: „gravierendste Mängel“, „nicht erreicht“, „nicht mehr sichergestellt“, „der Zustand ist mangelhaft“, „ungenügend“ usw. Und dennoch fehlt im Entwurf nach wie vor die geringste Spur, wie diese politisch unhaltbare Situation endlich einer Lösung zugeführt werden könnte. Das ist völlig inakzeptabel. Die SP erwartet vom definitiven Armeebericht 2010 endlich eine nachvollziehbare und nachhaltige Strategie, wie die Mängel der aktuellen Armee definitiv beseitigt werden können.

Wie aber könnte dies geschehen? Darauf legt der vorliegende Foliensatz – wenn auch nur zwischen den Zeilen – eine einzige simple Antwort nahe: Würde das VBS mehr finanzielle Mittel erhalten, so wären alle Probleme gelöst. Für die SP ist klar: Es ist genau dieses illusionäre „Warten auf Godot“, welches ursächlich dafür verantwortlich ist, dass die aktuelle Armee von „gravierendsten Mängeln“ gekennzeichnet wird. Seit 15 Jahren steht die SVP dem VBS vor. Seit 15 Jahren werden dringendst fällige Modernisierungen und Reformen der Armee blockiert. Seit 15 Jahren wird statt dessen geklagt, die finanziellen Mittel genügen nicht. Seit 15 Jahren wird eine weit grössere Armee modelliert, konzipiert und einberufen, als finanzierbar ist. Natürlich stimmt es, dass die aktuelle Armee strukturell unterfinanziert ist. Das Problem liegt aber nicht bei den Finanzen, sondern daran, dass sich die Armee nicht an die neuen sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen angepasst hat. Wer weiterhin allein auf höhere Finanzen hofft, statt endlich die längst überfällige grundlegende Armee reform an die Hand zu nehmen, handelt verantwortungslos. Der vorliegende Entwurf des Armeeberichts 2010 hält weiterhin an dieser längst als falsch erwiesenen Strategie des illusionären „Warten auf Godot“ fest. Es ist diese Strategie, welche die Armee an die Wand gefahren hat, statt dass endlich die unverzichtbaren Modernisierungen an die Hand genommen worden wären.

### Rahmenbedingungen zur Beseitigung der Mängel

Die SP sieht zwei unabdingbare Rahmenbedingungen, damit die vom Entwurf zu Recht beklagten „gravierendsten Mängel“ der Armee endlich beseitigt und die unverzichtbaren Modernisierungsschritte eingeleitet werden können:

1. Die zukünftige Armee muss mit **Finanzmitteln von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr** einwandfrei ausgerüstet und betrieben werden können. Wer jetzt immer noch eine Armee modelliert, die nur mit Finanzmitteln von 4,5 Milliarden Franken pro Jahr oder mehr funktioniert, wird nie eine einsatzfähige Armee erhalten. Denn die Bundesfinanzpolitik spricht eine ganz andere Sprache, als dass sie der Armee zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen würde. Bereits hat der Bundesrat mit dem „Konsolidierungsprogramm 2011–2013“ ein weiteres äusserst hartes Sparpaket vorgelegt. Unter diesen Rahmenbedingungen ist es illusionär, weiterhin auf höhere Militärbudgets zu setzen, wie dies der vorliegende Entwurf tut. Eine Fortsetzung der Politik der strukturellen Unterfinanzierung der Armee wäre jedoch verheerend. Die Armee muss in einer Grösse modelliert werden, die unter den aktuellen und künftigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen tatsächlich nachhaltig finanzierbar ist. Die SP-Fraktion hat in ihrem Armeekonzept von 2008 aufgezeigt, dass eine moderne, den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen angepasste Armee mit 3 Milliarden Franken pro Jahr ohne weiteres auskommt. Die SP

fordert das VBS auf, endlich eine entsprechende Reformstrategie aufzuzeigen. Wie bei der Armee sofort und ohne Sicherheitseinbusse pro Jahr 700 Millionen Franken gespart und damit die Einsatzfähigkeit der Armee wieder hergestellt werden, zeigte die SP-Fraktion in ihrem Vorstosspaket vom Winter 2009 (siehe Überblick im Anhang).

2. Der **Armeebestand** muss auf deutlich **unter 50'000 Soldaten** (inkl. Reservisten) gesenkt werden. Die aktuelle Armee XXI ist im internationalen Vergleich grotesk überrüstet (siehe auch Grafiken im Anhang). Gemäss Armeeauszählung 2009 zählt die Schweizer Armee aktuell 195'550 aktive Soldaten. Österreich kommt demgegenüber mit einer Armee von 34'900 aktiven Soldaten aus, Finnland mit 29'300 und Schweden mit 26'800 (Heer und Luftwaffe) plus 7'100 für die Marine. Der im internationalen Vergleich massiv überhöhte Bestand der Schweizer Armee ist ursächlich für die meisten aufgelisteten „gravierendsten Mängel“ verantwortlich. Wird der Bestand der Schweizer Armee auf ein europäisch vernünftiges Mass gesenkt, so sind auch alle aktuellen „Mängel“ behoben: die Logistik funktioniert; die Truppen sind modern ausgerüstet; der Zustand der Systeme und des Materials ist gut; das gegenüber heute deutlich kleinere Immobilienvolumen ist nach modernen ökologischen Standards instand gesetzt; es gibt wieder ausreichend Offiziere usw. usf.

Wie soll aber der Armeebestand gesenkt werden? Wer den Armeebestand senken will, hat **grundsätzlich zwei Parameter** zur Verfügung: Erstens die **Anzahl der Neurekrutierungen pro Jahr**; und zweitens die **Verweildauer in der Armee**. Der erste Parameter berührt die Frage nach dem Rekrutierungsmechanismus. Dieser wird heute durch die Wehrpflicht definiert. Die Wehrpflicht führt der Armee jährlich 36'000 Stellungspflichtige zu. In 20 Jahren werden es immer noch über 26'000 Stellungspflichtige sein. Bei einer Verweildauer in der Armee von aktuell 10 Jahren – die Wehrpflicht erfasst die 20- bis 30-jährigen Schweizer Männer – wird die Armee also von 360'000 bis 260'000 Soldaten alimentiert. Zwar sind von diesen nicht alle tauglich und einige leisten lieber Zivildienst. Auch so besteht das Ergebnis in einer massiv zu grossen Armee, die dazu neigt, mit dem Produktionsfaktor „Arbeit“ verschwenderisch umzugehen und pro Angehörigen der Armee über zu wenig Investitionsmittel zur unverzichtbaren Modernisierung der Ausrüstung zu verfügen („overmaned“ und „undercapitalized“).

Wer die Wehrpflicht aufrechterhalten will, muss also die Verweildauer in der Armee von heute 10 Jahren auf ein Jahr senken, um den angestrebten Bestand zu erhalten. Dies kann mit **einer reinen Durchdienerarmee** erreicht werden: Die Militärdienstpflicht wird an einem einzigen Stück geleistet und die Soldaten werden in der Regel nach rund 300 Tagen mit Dank aus der Armee ausgemustert. Dies ist ein taugliches, wenn auch kein zeitgemässes Modell.

Die SP fordert, nicht in erster Linie den zweiten Parameter – die Verweildauer in der Armee – anzupassen, sondern prioritär das Rekrutierungssystem: an Stelle der Wehrpflicht soll **ein reines Freiwilligensystem** treten, wie dies in Frankreich, Italien, Schweden und zahlreichen weiteren europäischen Staaten eingeführt ist. Die Verweildauer kann in einem solchen Modell bei 10 oder mehr Jahren belassen werden. Einzelheiten dieses neuen Freiwilligensystems hat die SP-Fraktion in ihrem Armeekonzept von 2008 im Detail dargelegt.

Das Modell der dort entwickelten Freiwilligenmiliz hat gegenüber einer reinen Durchdienerarmee verschiedene Vorteile:

- Eine reine Durchdienerarmee besteht überwiegend aus 20-jährigen Soldaten. Sie ist also im Durchschnitt sehr jung. Ein Freiwilligenmilizsystem, wie es die SP-Fraktion dargelegt hat, weist eine deutlich bessere Altersdurchmischung auf. Damit können erleichtert hochwertige zivil erworbene Qualifikationen (beruflicher Art oder in Bezug auf die Persönlichkeitsentwicklung) in die Armee integriert werden.

- Ein weiterer entscheidender Vorteil der Freiwilligenmiliz besteht darin, dass eine solche Armee nur dann einberufen wird, wenn dies zu Ausbildungszwecken oder für einen konkreten Einsatz notwendig ist. Eine reine Durchdienerarmee ist demgegenüber weit weniger flexibel einsetzbar. Indem die Durchdiener auch ohne äussere Notwendigkeit ständig unter Fahnen stehen, besteht das grosse Risiko, dass sie für unnötige Aufgaben eingesetzt werden. Es könnte dann immer wieder zu Armeeeinsätzen kommen, die allein deshalb durchgeführt würden, weil die Durchdiener – wie das auch bei der heutigen Armee XXI der Fall ist – so oder so bereits zur Verfügung stehen. Dieses Risiko ist bei einer Freiwilligenmiliz viel geringer. Diese können in der Regel nur für tatsächlich unverzichtbare Einsätze gewonnen werden.
- Bei der Freiwilligenmiliz ist auch das Verhältnis zwischen Ausbildungsinvestition und potenzieller Nutzung der erworbenen Fähigkeiten weit vorteilhafter als in einer Durchdienerarmee. In dieser wird sehr viel in die Ausbildung zahlreicher Rekruten investiert, die bereits nach rund 300 Dienstadttagen wieder endgültig aus der Armee ausscheiden. Ein solches System ist nicht effizient. In einem Freiwilligensystem werden pro Jahrgang deutlich weniger junge Männer und Frauen einer militärischen Ausbildung unterzogen. Diese stehen anschliessend aber deutlich länger zur Verfügung. Dies ist unter Effizienzüberlegungen vorteilhafter.

### Leistungsprofil der Armee

Im Entwurf des Armeeberichts 2010 wird ein Leistungsprofil der Armee vorgelegt, bei dem die SP einzelne Elemente unterstützt und andere Elemente klar ablehnt. Klar unterstützt wird die grundsätzliche Vorgabe, dass **die bisherige Multifunktionalität der Truppenkörper reduziert und vermehrt deren Spezialisierung angestrebt wird**. Ein Schritt in diese Richtung – ohne ihn zu verabsolutieren! – bildet einen wirksamen Beitrag zur Kostensenkung und zur Erhöhung der (spezifischen) Einsatzfähigkeit.

Im Einzelnen nimmt die SP zum vorgeschlagenen Leistungsprofil wie folgt Stellung:

- **Verteidigungskompetenz:** Der Entwurf sieht 15'000 Angehörige der Armee (AdA) mit „Wirkung am Boden“ und 7'000 AdA mit „Wirkung in der Luft“ vor. Dies ergibt eine Armee von zusammen rund 22'000 AdA. Dies entspricht europäischen Verhältnissen und führt zu einer deutlichen Verkleinerung der aktuellen Armee XXI durch den Verzicht auf zahlreiche Truppenkörper. **Die SP kann der vorgeschlagenen Grössenordnung grundsätzlich zustimmen** – dies unter der Voraussetzung, dass Teile dieser 22'000 AdA auch bei schwerwiegenden Bedrohungen der Sicherheit ausserhalb des Verteidigungsfalles zur Verfügung stehen, was offenbar vom VBS auch so vorgesehen ist.
- **Assistenzdienste für die Kantone:** Der Entwurf will die Unterstützung der zivilen Behörden neu zur Hauptaufgabe der Armee zu machen und in Zukunft 60'000 AdA von total 95'000 AdA den zivilen Behörden (sprich: den Kantonen) zur Verfügung stehen – nicht eingerechnet weitere 8'000 AdA für den Konferenzschutz und den Schutz kritischer Infrastrukturen! Hauptbegründung ist die Katastrophenhilfe und "allgemeine Unterstützungseinsätze". Für die SP ist klar: Dies sind keine militärische Aufgaben. Gibt es hier echte Lücken, so muss diese ein modernisierter Bevölkerungsschutz schliessen (siehe Motion 10.3540 von SP-Nationalrätin Evi Allemann). **Die SP lehnt die vorgeschlagene massive Aufblähung des Armeebestandes zugunsten einer „Mädchen-für-alles-Dienstleistungsbetriebes“ in der Verfügung der Kantonsregierungen ab.** Für die Unterstützung der zivilen Behörden genügen für den Fall militärisch tatsächlich relevanter schwerer Bedrohungen der Sicherheit zusätzliche, speziell ausgebildete 5'000 – 10'000 AdA. Sollten diese in einem schwer vorzustellenden Notfall nicht genügen, so sollen zusätzlich Teile der 22'000 AdA herangezogen werden, welche für den Verteidigungsfall ausgebildet sind (siehe vorausgehender Punkt).

- **Assistenzdienst im Ausland:** Der Entwurf sieht vor, 550 AdA für humanitäre Hilfseinsätze im Ausland bereit zu stellen. Soll der Assistenzdienst im Ausland damit zu einem strukturbildenden Merkmal der neuen Schweizer Armee gemacht werden? **Dies würde die SP in dieser Form ablehnen, denn es besteht hier gegenüber heute kein Ausbaubedarf.** Die Schweizer Armee hat schon bisher im Rahmen der Rettungskette mit Spezialisten das Katastrophenhilfekorps und die weiteren Instrumente der humanitären Hilfe im Ausland unterstützt. Das kann und soll so weitergeführt werden. Falsch ist aber, die humanitäre Hilfe und die Katastrophenhilfe, die überwiegend zivile Aufgaben darstellen, nun vermehrt der Armee zu übertragen. Treten in Katastrophensituationen zu viele Soldaten auf den Plan, so trägt dies in der Regel nur zur Verschlimmerung der Lage bei. Die Armee ist ein militärisches Instrument und dient der Erfüllung militärischer Aufgaben. Sie ist kein „Mädchen-für-alles“ – weder im Inland noch im Bereich der humanitären Hilfe im Ausland. Gibt es in der humanitären Hilfe im Ausland Sicherheitsprobleme, so müssen diese auf multilateraler Grundlage – in der Regel durch die UNO – gelöst werden. Gelingt dies der UNO im Einzelfall zu wenig, so ist die Schweiz aufgerufen, der UNO dafür die notwendigen PSO-Soldaten zur Verfügung stellen, statt mit humanitären Helfern in Militäruniform zur weiteren Vermischung von zivilen und militärischen Aufgaben beizutragen.
- **Beiträge in friedensfördernden Operationen der UNO:** Das VBS schlägt im Entwurf vor, höchstens 280 AdA für PSO-Missionen vorzusehen. Damit will das VBS weiterhin die aktuelle Beschlusslage unterlaufen, hat der Bundesrat doch seit dem 24. Oktober 2001 in zahlreichen Beschlüssen das VBS aufgefordert, die Fähigkeit zur Unterstützung von PSO-Missionen im Ausland durch die Schweizer Armee auf mindestens 500 AdA zu erhöhen (siehe auch Ip. 09.3555 von SP-Nationalrätin Evi Allemann). Mit Befriedigung nahm die SP deshalb zur Kenntnis, dass der Bundesrat am 23. Juni 2010 anlässlich der Verabschiedung des neuen sicherheitspolitischen Berichts beschloss, am Ziel festzuhalten, **in Zukunft mindestens 500–600 PSO-Soldaten** auf freiwilliger Basis über längere Zeit ins Ausland zu entsenden. Gedacht wird an (zwei unabhängig voneinander einsetzbare) bewaffnete Kontingente, unbewaffnete Einzelpersonen und Kleindetachements sowie Spezialisten für humanitäre Minenräumungen in Missionen, die von der UNO oder der OSZE mandatiert sind. Für die SP ist klar: die Friedensförderung im Rahmen von UNO-Einsätzen zum Schutz der Zivilbevölkerung muss zur wichtigsten Aufgabe der neuen Armee werden. Als mittelfristig zu erreichendes Ziel fordert die SP, dafür mindestens ständig 1'500 AdA einzusetzen. Zentral ist, dass die militärische Friedensförderung im Ausland zu einem strukturbildenden Element der Armee aufgewertet wird. Es braucht eine spezialisierte Ausbildung, eine an andersartige klimatische Verhältnisse anpassbare Ausrüstung und eine entsprechende Logistik, damit das Ziel erreicht werden kann. Dafür müssen nun die Weichen sofort gestellt werden.

Zusammen mit den AdA, die für die Erbringung der Basisleistungen, der Ausbildung und für den Support zur Verfügung stehen, ergibt sich damit **ein Armeebestand von gut 30'000 AdA** oder zusammen mit allfälligen Reservisten ein Armeebestand von knapp 50'000 AdA. Dies genügt. Mehr ist – dies zeigt auch ein Blick auf vergleichbare andere europäische Staaten – angesichts der heutigen Sicherheitslage nicht begründbar und nicht erforderlich. Die SP fordert VBS und Bundesrat auf, das Leistungsprofil der zukünftigen Schweizer Armee entsprechend anzupassen.

## Ausbildung

Der Entwurf des Armeeberichts legt im Kapitel 7 verschiedene Vorschläge zur Modernisierung der Ausbildung vor, die von der SP unterstützt werden können, namentlich der Vorschlag

- alternative Ausbildungsmodelle von unterschiedlicher Dauer zu entwickeln je nach tatsächlichen Anforderungen an die angestrebte Qualifikation;
- ein differenziertes Startmodell vorzusehen;
- die Ausbildung zu spezialisieren und die Anzahl WK auf fünf oder weniger zu reduzieren.

## Tigerersatz

Die SP ist erstaunt, dass sich der Entwurf des Armeeberichtes 2010 zur zentralen politischen Frage ausschweigt, ob neue Kampfflugzeuge beschafft werden sollen oder nicht. Für die SP ist klar: Der luftpolizeilich erforderliche Schutzschirm über der Schweiz lässt sich mit den vorhandenen Kampfflugzeugen bei weitem gewährleisten. Die finanzpolitischen Prioritäten liegen anderswo als bei der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Die Schweiz liegt im Herzen Europas und ist von einem äusserst breiten Ring friedlicher demokratischer Staaten umgeben. Es droht kein militärischer Angriff. Die Risiken liegen an einem anderen Ort. Wenn wir schon Milliarden investieren wollen, dann in die Bekämpfung der echten Bedrohungen: Klimawandel, Armut, Gewaltkonflikte. Wer mehr Sicherheit im Luftraum will, der (a) weitet die bereits bestehende Luftwaffenkooperation der Schweiz mit den Nachbarstaaten aus und (b) fördert die integriert zivil-militärische europaweite Flugraumüberwachung und Früherkennung. Vieles wurde schon erreicht, vieles ist noch möglich. Die Sicherheit des schweizerischen Luftraumes kann mit den vorhandenen Mitteln auch ohne neue Kampfflugzeuge vollumfänglich gewährleistet werden. Vergleichbare Länder wie Österreich oder die baltischen Staaten haben noch kleinere Luftwaffen. Die angestrebte Erhöhung der Durchhaltefähigkeit der Luftwaffe ist über die Fähigkeit definiert, sich möglichst lange in Warte-räumen in der Luft halten zu können. Diese Vorannahmen und die Einsatzform sind absurd: keine andere Luftwaffe hält ihre teuersten Flugzeuge in Warteräumen in der Luft. Auch auf den Luft-Boden-Kampf und superteure Abstandswaffen kann ohne Sicherheitsverlust verzichtet werden. Die Fluglärmbelastung ist in Tourismus-Regionen wie dem Berner Oberland unerträglich geworden. Eine zusätzliche Belastung ist nicht zumutbar. Bereits die heutige Belastung ist unerträglich und bricht die Vorgaben im Sachplan Militär.

## Die SP bekräftigt das von der Fraktion 2008 erarbeitete Armeekonzept

Die SP-Fraktion hat am 23. September 2008 ein differenziertes Armeekonzept verabschiedet und veröffentlicht.<sup>2</sup> Dieses Konzeptpapier legt auf 30 Seiten im Detail dar, wie eine modernisierte Armee, welche auf die tatsächlichen sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute und morgen eine Antwort gibt, aussehen könnte. Dieses Konzeptpapier bildet nach wie vor die Grundlage der SP-Militärpolitik und ist insofern integrierter Teil dieser Stellungnahme zum VBS-Entwurf eines Armeeberichts 2010. Ebenso bekräftigt die SP das Vorstosspaket der SP-Fraktion vom Winter 2009 (siehe Anhang) sowie ihre Stellungnahme zum neuen Sicherheitspolitischen Bericht vom 31. Mai 2010.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Christian Levrat  
Präsident

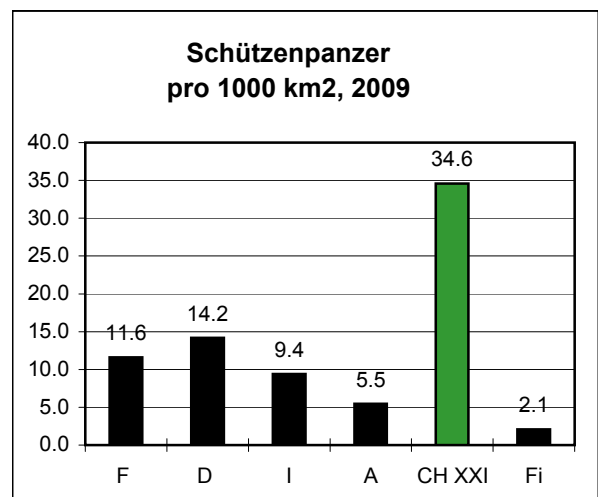
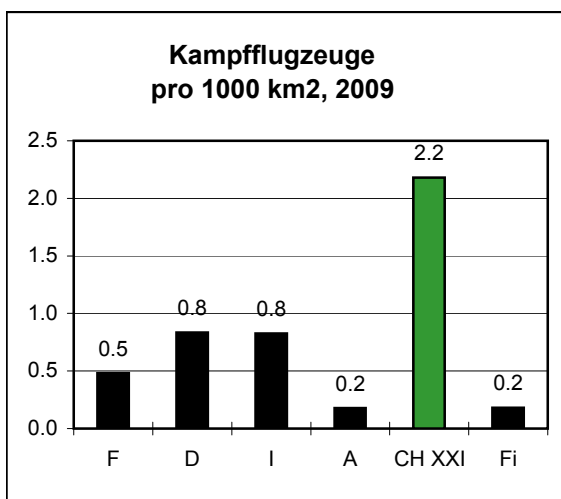
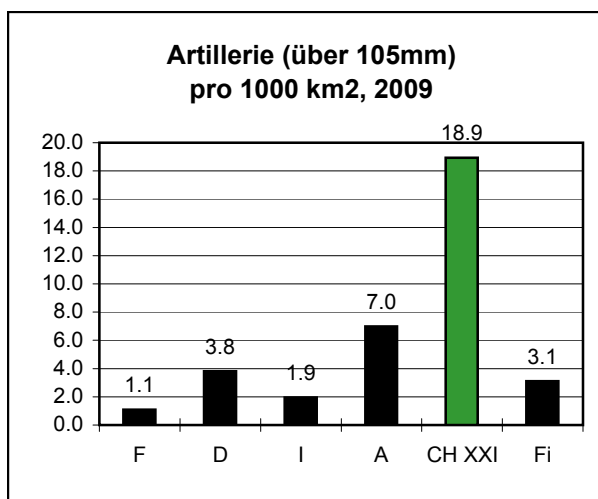
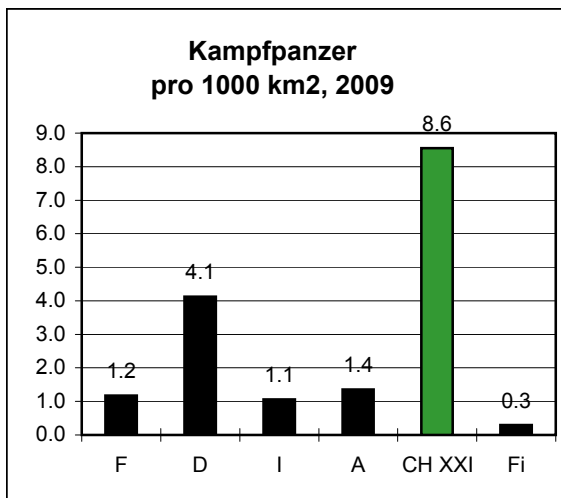
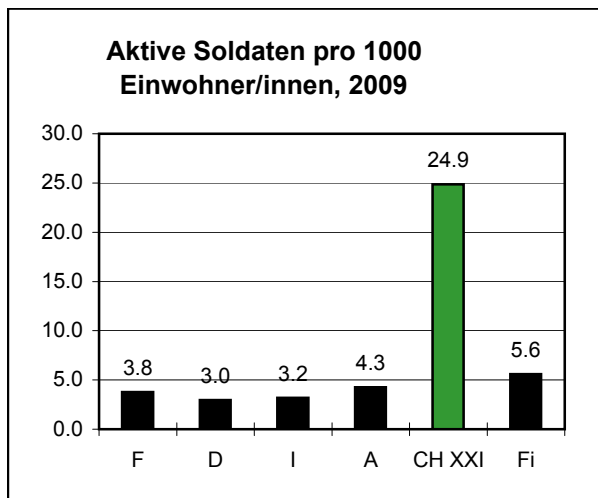


Peter Hug  
Politischer Fachsekretär

<sup>2</sup> Siehe [www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch) – Positionen – Dossiers – Armee & Sicherheit, oder direkt URL: [http://www.sps.ch/fileadmin/downloads/Diverses/Dossiers/Armee-Sicherheit/SP\\_Konzept\\_Militaerreform\\_2008\\_DE.pdf](http://www.sps.ch/fileadmin/downloads/Diverses/Dossiers/Armee-Sicherheit/SP_Konzept_Militaerreform_2008_DE.pdf)



**Groteske Überrüstung der Schweiz im internationalen Vergleich:**  
**Militärische Kennzahlen im Vergleich mit den vier Nachbarstaaten und Finnland**



Quelle: IISS, The Military Balance 2009; VBS, Armeeauszählung 2009.  
 Berechnungen: Peter Hug, SP Schweiz.

## **Vorstösse der SP zur aktuellen Armee-Debatte – Überblick**

### **Mit einer Parlamentarischen Initiative zur Sistierung der Wehrpflicht will die SP eine Grundsatzdebatte über die zukünftige Armee auslösen**

1. Evi Allemann, Parlamentarische Initiative 09.508. Sistierung der Wehrpflicht

### **Mit zwei Motionen will die SP endlich eine brauchbare Analyse der sicherheitspolitischen Herausforderungen und eine umfassende Modernisierung auch des Bevölkerungsschutzes**

2. Prisca Birrer-Heimo, Motion 10.3572. Umfassende Risikoanalyse und -bewertung Schweiz
3. Evi Allemann, Motion 10.3540. Bericht Bevölkerungsschutz mit umfassendem Modernisierungskonzept

### **Mit 10 Motionen spart die SP über 700 Millionen Franken bei der Armee – ohne jede Einbusse für die Sicherheit der Schweiz**

4. Hans Widmer, Motion 09.4091, Armee: Die Zeit für eine Reduktion der Bestände ist reif
5. Chantal Galladé, Motion 09.4102. Sparen durch Aufhebung der Armeereserve
6. Eric Voruz, Motion 09.4154. Sparen durch Reduktion der überzähligen Panzerflotte
7. Chantal Galladé, Motion 09.4103. Sparen durch Reduktion der überbordenden Artillerie
8. Eric Voruz, Motion 09.4153. Sparen durch Verzicht auf das Festungsgeschütz BISON
9. Evi Allemann, Motion 09.4165. Sparen durch Reduktion der Wiederholungskurse auf fünf bis sechs
10. Hans Widmer, Motion 09.4094. Sparen durch Erhöhung des Anteils der Durchdiener
11. Hans Widmer, Motion 09.4096. Sparen durch Verzicht auf den Luft-Boden-Kampf und auf Abstandswaffen
12. Evi Allemann, Po. 09.4150. Ausbau der militärischen und zivilen Aufklärung und Frühwarnung
13. Hans Widmer, Motion 09.4095. Abschaffung der Militärjustiz

### **Weitere Vorstösse zur Mängel-Beseitigung bei der Armee und im GWK**

14. Evi Allemann, Interpellation 09.4247. Ursachen für das vorzeitige Ausscheiden aus der Armee
15. Hans Widmer, Pa. Iv. Kein Zwang für den Kadernachwuchs bei der Armee
16. Max Chopard, Ip. 09.4035. Ausübung polizeilicher Aufgaben durch das Grenzwachkorps
17. Evi Allemann Ip. 09.4125. Schnittstellenprobleme zwischen Grenzwachkorps und Kantonen
18. Ricardo Lumengo, Motion 09.4115. Abschaffung Militärflichtersatz für Teilinvalide
19. Evi Allemann, Ip. 09.4126. Für eine moderne und auf realistische Bedrohungsszenarien ausgerichtete Armee
20. Margret Kiener Nellen, Pa. Iv. 09.531. Finanzielle Steuerung. Gleichbehandlung aller Departemente
21. Jacqueline Fehr, Postulat. Zivildienstleistende im Einsatz für Kinder-Ferienprogrammen
22. Edith Graf-Litscher, Ip. 09.4098. Verantwortung für das "Chaos" in der Armeeeinformatik
23. Edith Graf-Litscher, Ip. 09.4097. Wirtschaftlichkeit der Armeeeinformatik
24. Evi Allemann, Anfrage 09.1179. Hintergründe des Informatikchaos im VBS
25. Evi Allemann. Frage 09.5605. Gewährleistung der aussenpolitischen Sicht auf die Sicherheitspolitik
26. Evi Allemann, Anfrage 09.1178. Schweizer Militärbeobachter für die Uno-Mission Darfur

Für den Text der Vorstösse siehe auch <http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/curia-vista.aspx>  
([www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) – [Curia Vista Geschäftsdatenbank](#) – [Suche](#))